

Priller, Eckhard

Book Part

Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Priller, Eckhard (1994) : Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, In: Ingrid Kurz-Scherf, Gunnar Winkler (Ed.): Sozialreport 1994: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, ISBN 3-929666-16-2, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg, Berlin, pp. 301-330

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122360>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

9. Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung

9.1 Einführung

Die Herausbildung demokratischer Verhältnisse in den neuen Bundesländern ist, wie in allen Transformationsgesellschaften, ein langwieriger Prozeß. Mit der Übernahme entsprechender gesetzlicher Regelungen und Organisationsformen wurden zwar zwingende rechtliche Voraussetzungen geschaffen, diese allein reichen jedoch nicht aus, um die ostdeutsche Gesellschaft entsprechend umzugestalten. Für eine grundlegende Demokratisierung sind unter anderem entsprechende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, ein funktionierendes Institutionengefüge und eine entsprechende politische Kultur von entscheidender Bedeutung. Im besonderen Maße ist das demokratische Engagement der Bürger erforderlich. Dies setzt eine aus entsprechenden Kenntnissen und Erfahrungen resultierende Mitwirkungsbereitschaft voraus.

Politische Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensweisen der Ostdeutschen haben sich nach 1989 in einem beträchtlichen Maße verändert. Sie reflektieren teilweise eine recht dynamische und zugleich widersprüchliche Entwicklung. Aus der schlichten Übertragung des gesetzlichen Rahmens und demokratischer Institutionen der alten Bundesrepublik auf Ostdeutschland konnte nicht automatisch und sofort deren erfolgreiche Etablierung erwartet werden. Nachteilig wirkte sich besonders aus, daß die demokratischen Institutionen nicht historisch gewachsen sind und sie durch die reine Übertragung einer teilweise anderen Problemlage gegenüberstehen als in Westdeutschland.

Wenn man das Tempo und den Umfang der gesellschaftlichen Veränderungen seit 1990 betrachtet, heben sich bisher zwei unterschiedliche Phasen in der Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung ab. Die erste Etappe kennzeichnete vor allem den Zusammenbruch der alten DDR-Strukturen und die Herausbildung neuer Institutionen. Von dem Niedergang waren die Einrichtungen staatlicher Administration bis auf kommunaler Ebene sowie die Parteien und Organisationen gleichermaßen betroffen. In dieser Zeit meldete sich nicht nur eine große Zahl der DDR-Bürger durch Demonstrationen kritisch zu Wort, sondern in zahlreichen Gremien und Versammlungen wurden die bisherigen Zustände kritisiert

sowie organisatorische und personelle Veränderungen durchgesetzt. Mit der Währungsunion und letztlich mit der Herstellung der deutschen Einheit beschleunigte sich gleichzeitig die weitgehende Übernahme westdeutscher Strukturen in allen Bereichen der Demokratie und Mitwirkung. In der neu entstehenden Parteien- und Organisationslandschaft kristallisierten sich hingegen einige Besonderheiten heraus. Neben der zunehmenden Etablierung der westdeutschen Institutionen behauptete sich eine gewisse Anzahl von Organisationen, die entweder erst in der Wende entstanden oder die aus den „Vorwendeorganisationen“ hervorgingen. War die Bereitschaft zur Mitwirkung in allen diesen Organisationen anfangs noch außerordentlich hoch, ließ das Interesse bereits im zweiten Halbjahr 1990 spürbar nach. An die Stelle der Aufbruchsstimmung, die nahezu alle Bürger erfaßt hatte, traten zunehmend abwartende und eher die Entwicklung distanziert betrachtende Haltungen. Zudem wurde das Interesse von anderen Bereichen (z.B. Sicherung der Erwerbstätigkeit), die für viele Menschen von existenziellerer Bedeutung waren, in Anspruch genommen. Diese erste Phase des „Ankommens in der neuen Gesellschaft“ reicht etwa bis 1993.

Aus der Interpretation von Daten zur Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung, die aus den Analysen der ersten Phase der Transformation aus den Jahren 1990-1993 resultieren und die zum Teil die unmittelbaren Umbruchprozesse dokumentieren, lassen sich drei generelle Resultate ableiten:

1. Aktuelle Bewertungen und Einschätzungen der Ostdeutschen zur Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung wurden auf dem Hintergrund der im alten System herausgebildeten bzw. von ihm beeinflussten Werte und Strukturen vorgenommen. Wesentliche Ziele der Menschen in der DDR - die Herstellung einer rechtsstaatlichen Grundordnung und formal besserer gesellschaftlicher Mitwirkungsmöglichkeiten - wurden nach 1990 erreicht. Diese Forderungen haben dadurch für die Menschen gegenüber früher an Bedeutung verloren oder ihr Stellenwert hat sich vermindert.
2. Ein im unmittelbaren Umbruchprozeß 1989/1990 entstandenes, teilweise sehr idealistisches Demokratieverständnis der Ostdeutschen und daraus resultierende sehr weitreichende Erwartungen an gesellschaftliche Mitwirkung sind auf eine Realität getroffen, die diesem Verlangen nicht gerecht wurde. Die dadurch eingetretene Desillusionierung hat einerseits zu einem sinkenden, den realen Möglichkeiten der aktuellen Gesellschaft stärker entsprechenden Anspruchsniveau geführt. Andererseits wurden neben diesen Anpassungsprozessen gleichzeitig deutliche Anzeichen von Resignation und ein Rückgang der Mitwirkungsbereitschaft erkennbar.
3. Antworten auf die von uns 1990 bis 1993 gestellten Fragen zur Demokratie- und Mitwirkungsbereitschaft ließen durchaus erkennen, daß die Ostdeutschen demokratische Grundwerte vertreten. Das hohe Maß politischer Interessiertheit

heit der Wendezeit bestand vorerst nach 1990 weiter. Der Demokratie und einem pluralistischen Parteiensystem wurden hohe Stellenwerte beigemessen. Hingegen ging die Bereitschaft zurück, vorhandene Möglichkeiten der Mitwirkung aktiv zu nutzen. Damit setzten sich in gewisser Weise Verhaltensmuster aus der DDR fort. Obwohl ein hoher Anteil der Bevölkerung vor 1990 formal durch die Mitgliedschaft in Parteien und Massenorganisationen am politischen Willensbildungsprozeß beteiligt schien, bestand nur eine begrenzte *freiwillige, aktive und wirksame Mitwirkung*.¹⁾

Ab 1994 beginnt offensichtlich nicht nur in der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland eine spürbare Konsolidierung, sondern zugleich eine zweite Phase der Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung. Sie ist durch die feste Etablierung des Institutionengefüges nach weitgehend westdeutschem Muster gekennzeichnet.

Nach den Ergebnissen der tiefgreifenden und schnell verlaufenden Veränderungen der unmittelbaren Umbruchsjahre stellt sich die Frage, inwieweit sich die Einstellungen und Bewertungen zur bislang „erlebten“ Demokratie und die gesellschaftliche Mitwirkung in dieser zweiten Phase der Transformation entwickeln. Deshalb soll verstärkt untersucht werden, welche aktuellen Tendenzen sich in Ostdeutschland im vierten Jahr nach der Herstellung der staatlichen Einheit zeigen. Nachdem sich die demokratischen Institutionen voll etabliert und die Anfangsschwierigkeiten ihrer Arbeit überwunden haben, die Erfahrungen der ostdeutschen Bürger mit der Demokratie breiter geworden sind, sie ihre Kenntnisse über demokratische Institutionen und Mechanismen vertieft haben, stellt sich die Frage, ob erste Anhaltspunkte für Konsolidierungs- und Aufwärtstrends bestehen oder es zu einer Stagnation von Einstellungen, Bewertungen und Aktivitäten im Bereich der Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung kommt. Gewinnt der Anteil jener, die eine kritisch-distanzierte bis ablehnende Haltung zum System einnehmen, weiter an Gewicht oder nimmt der Anteil jener zu, die sich aktiv in die neue Gesellschaft einbringen.

9.2 *Einstellungen und Bewertungen zur Demokratie*

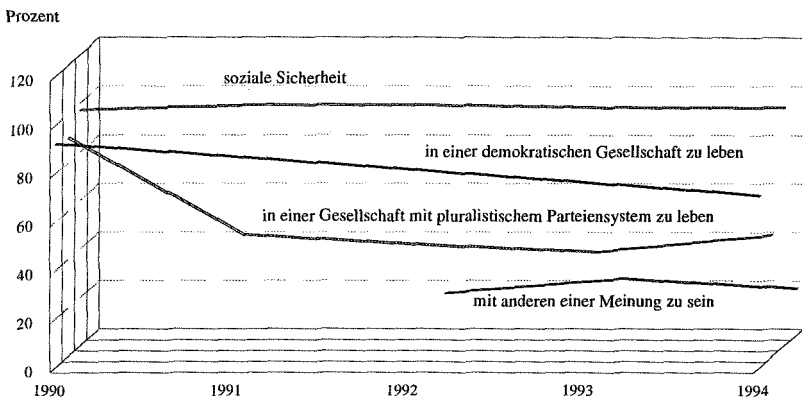
Eine Bewertung von Positionen der Ostdeutschen zu demokratischen Grundwerten muß die gesamte gesellschaftliche Situation in den neuen Bundesländern berücksichtigen. Durch die weiterhin angespannte wirtschaftliche Situation, die von einer anhaltenden Arbeitslosigkeit begleitet wird, haben vielfach Probleme der Existenzsicherung bei den Menschen einen höheren Stellenwert erhalten als Fragen des politischen Systems. Da die Menschen zugleich möglichst schnell einen gewissen materiellen Wohlstand erreichen wollen und bisher nicht vorhandene Möglich-

keiten der materiellen und kulturellen Lebensgestaltung nutzen (z.B. Anschaffung von Autos und weiteren Konsumgütern, Auslandsreisen), erhalten demokratische Grundwerte gegenüber 1990 teilweise geringere Bedeutung. Gleichzeitig wird Fragen der sozialen Sicherheit ein unvermindert hoher sowie der Frage nach der Wichtigkeit, mit anderen einer Meinung zu sein, ein relativ konstanter Stellenwert beigemessen (vgl. Abbildung 9.1).

‘In einer demokratischen Gesellschaft zu leben’, hatte 1990 für weit über 90 % der Ostdeutschen einen hohen Stellenwert; über die Hälfte der Befragten erachtete dies sogar als ‘sehr wichtig’. 1994 sah dies nur noch jeder fünfte als ‘sehr wichtig’ und jeder zweite als ‘wichtig’ an. Die gegenwärtig geringere Bedeutung kann vor allem auf die Realisierung dieser Zielstellung zurückgeführt werden. Die Etablierung einer demokratischen Gesellschaft stand 1990 in Ostdeutschland zwar auf der Tagesordnung und war eine von allen sozialen Gruppen gleichermaßen vertretene Forderung. Die Demokratisierung steckte jedoch erst noch im Anfangsstadium und erreichte dadurch als zu realisierende Aufgabenstellung besondere Aktualität. In der Zwischenzeit ist dieser Prozeß durch gesetzliche Regelungen und die Etablierung eines entsprechenden Institutionengefüges beachtlich vorangeschritten, und das erreichte Ziel hat damit an Bedeutsamkeit verloren.

Männer und Frauen messen 1994 einer demokratischen Gesellschaft einen gleich großen Stellenwert bei. Für jeweils etwa 70 % ist sie ‘sehr wichtig’ bzw. ‘wichtig’, 20 % erachten sie ‘im mittleren Maße wichtig’, und lediglich 10 % betrachten sie

Abbildung 9.1: Bedeutung von politischen Grundwerten und Zielen
1990-1994 - Kategorie: "sehr wichtig" und "wichtig" -



als 'weniger wichtig' oder 'unwichtig'. Die Unterschiede zwischen den Alters- und Qualifikationsgruppen bleiben ebenfalls gering. Die mittleren Altersgruppen und Personen mit höherer Qualifikation weisen einer demokratischen Gesellschaft die höchste Bedeutsamkeit zu.

Ähnliche Resultate hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs vermitteln die Ergebnisse zu anderen Fragestellungen. Dem 'pluralistischen Parteiensystem' - einem fundamentalen Grundwert parlamentarischer Demokratie - wurde 1990 ebenfalls sehr hohe Bedeutung beigemessen. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung hielt diesen Gesichtspunkt für unwichtig. Allerdings verlor die Bewertung des pluralistischen Parteiensystems bereits 1991 stark an Gewicht. Ursachen für diesen Bedeutungsverlust sind vor allem in der erfolgreichen Etablierung des pluralistischen Parteiensystems zu sehen, denn daraus folgte ein geringeres Gewicht als aktuelle Zielstellung. Ebenso dürfte die zunehmende Desillusionierung und Enttäuschung über die Leistungsfähigkeit des Parteiensystems von Einfluß sein. Einen weitaus geringeren Bedeutungsverlust als 1990 zu 1991 war in den folgenden Jahren für das pluralistische Parteiensystem zu konstatieren. 1994 stieg erstmals die Bedeutung wieder leicht an. Jeder zweite Befragte betrachtete zu diesem Zeitpunkt das pluralistische Parteiensystem als 'sehr wichtig' oder 'wichtig'. Nur jeder vierte sah es als 'unwichtig' oder 'weniger wichtig' an.

Tabelle 9.1: Bedeutung, in einer Gesellschaft mit pluralistischem Parteiensystem zu leben 1994 - in Prozent -

In einem pluralistischen Parteiensystem zu leben, ist ...	sehr wichtig	wichtig	in mittlerem Maße wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Gesamt	11	39	23	18	8
Geschlecht					
Männer	12	38	22	19	8
Frauen	10	41	23	18	7
Altersgruppen					
bis 25 Jahre	16	39	20	19	7
26 bis 40 Jahre	13	38	25	17	6
41 bis 50 Jahre	12	41	22	16	7
51 bis 60 Jahre	12	38	23	17	8
über 60 Jahre	7	40	21	22	10
Qualifikation					
ohne Abschluß/Teilfacharbeiter	9	35	21	22	12
Facharbeiter/Meister	9	38	23	20	8
Fach(hoch)schulabschluß	14	45	23	13	5
Hochschulabschluß	16	47	21	15	7

Männer und Frauen unterscheiden sich in der Bewertung nur unwesentlich (vgl. Tabelle 9.1). Nach dem Alter und der Qualifikation treten hier hingegen stärkere Differenzen auf.

So messen Un- und Angelernte sowie Befragte über 60 Jahre dem pluralistischen Parteiensystem deutlich weniger Bedeutung bei. Für Jüngere bis 25 Jahre und Personen mit einem höheren Qualifikationsabschluß hat dieses demokratische Grundprinzip hingegen eine höhere Wertigkeit.

Besonders höher Qualifizierte, die sich allgemein durch ein stärkeres gesellschaftliches Engagement auszeichnen, schätzen offensichtlich in stärkerem Maße die Wirkung miteinander konkurrierender Parteien an der politischen Willensbildung und deren Rolle als Vermittler von Interessen. Hingegen schätzt auch in dieser Gruppe jeder fünfte das pluralistische Parteiensystem als fundamentale Regel des demokratischen Systems gering und mißt ihm eher nur formale Bedeutung bei.

Insgesamt bestehen indessen zu Fragen der Demokratie in Ostdeutschland zwischen einzelnen sozialen Gruppen nur geringe Unterschiede. Eine gleichmäßig hohe Zustimmung demokratischer Grundwerte finden wir u.a. bei der Frage, was zur Demokratie gehört. So werden freie und geheime Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, freie Gewerkschaften, das Vorhandensein einer Opposition, die freie Presse, die Bildung von Vereinigungen, unabhängige Kontrollorgane und Reisefreiheit von der großen Mehrheit der Ostdeutschen als Bestandteile von Demokratie (zumeist mit jeweils weit über 90 %) angesehen. Hingegen meinen nur zwei von drei Bürgern, daß die Trennung von Staat und Parteien charakteristisch für Demokratie sei.

Männer und Frauen vermitteln eine recht einheitliche, kritische Meinung zur Zufriedenheit mit der Demokratieentwicklung (vgl. Tabelle 9.2).

Lediglich jeder fünfte ist 1994 mit der Demokratieentwicklung 'sehr zufrieden' oder 'zufrieden' und nur jeder zweite 'teilweise zufrieden'. Das deutet auf ein starkes Unzufriedenheitspotential hin, das jeden dritten Ostdeutschen einschließt. Die Höherqualifizierten äußern sich zu einem höheren Anteil unzufrieden. Jeder dritte mit Fach- oder Hochschulabschluß ist mit der Demokratientwicklung nicht zufrieden und jeder zehnte in diesen Gruppen sogar sehr unzufrieden. Eine stärkere Differenzierung läßt sich ebenfalls nach Altersgruppen feststellen. Allerdings findet diese Polarisierung hier nicht wie bei den Qualifikationsgruppen im Bereich der Unzufriedenheit, sondern im Bereich der Zufriedenheit statt. Personen über 60 Jahre sind mit der Demokratieentwicklung deutlich zufriedener als die jüngeren Altersgruppen. Der Anteil der Unzufriedenen ist in allen Altersgruppen etwa gleich groß.

In der Bewertung der Demokratieentwicklung offenbaren sich augenscheinlich enttäuschte Ideale und Erwartungen der Ostdeutschen in besonderem Maße. Eine wesentliche Ursache kann darin gesehen werden, daß sich die Demokratisierung durch die Übernahme des westdeutschen Institutionengefüges und eines entsprechenden Austausches der Eliten als von außen initiiert darstellt. Die Vorteile dieses Demokratisierungsweges, der eine Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel und

Tabelle 9.2: Zufriedenheit mit dem Stand der Demokratientwicklung
- in Prozent -

Mit dem Stand der Demokratie- entwicklung ...	sehr zu- frieden	zufrieden	teilweise zufrieden	un- zufrieden	sehr un- zufrieden
Gesamt	1	17	47	25	7
Geschlecht					
Männer	0	18	47	25	8
Frauen	1	16	48	25	6
Altersgruppen					
bis 25 Jahre	2	11	54	26	5
26 bis 40 Jahre	0	15	48	28	6
41 bis 50 Jahre	0	14	51	26	7
51 bis 60 Jahre	1	17	47	24	9
über 60 Jahre	0	23	42	23	7
Qualifikation					
ohne Abschluß/Teilfacharbeiter	2	17	43	25	6
Facharbeiter/Meister	0	17	51	22	6
Fach(hoch)schulabschluß	1	16	40	32	9
Hochschulabschluß	0	14	43	30	10

Datenbasis: sfz/leben '94

Personal sowie die Chance den Übergangsbewältigung in relativ kurzer Zeit einschließt²⁾, werden von den Ostdeutschen nur teilweise honoriert. Statt dessen werden die praktischen Schwierigkeiten und Mißerfolge vor Ort zu einem wesentlichen Teil der von oben und außen verordneten Demokratie angelastet. Die Defizite des westdeutschen Demokratie Modells nimmt ein Teil der Ostdeutschen wahrscheinlich eher wahr als die Westdeutschen, die mit diesen Mängeln bereits längere Zeit leben. Hinzu kommt ein Demokratieverständnis der Ostdeutschen, das eher auf eine Interessenharmonisierung ausgerichtet ist. In den Vorstellungen von politischer Kultur spielen nicht nur der sachliche Diskurs und eine 'vorausseilende' Einsicht, sondern auch ein eigener Gestaltungswille eine wichtige Rolle. Die 'harte' Interessenartikulation und der häufig besonders kräftig geführte verbale Schlagabtausch zwischen Vertretern unterschiedlicher Interessen werden häufig als belastend und unehrlich empfunden.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, worin die Ursachen liegen, daß die Ostdeutschen mit der bisherigen Demokratieentwicklung so wenig zufrieden sind. Unzufriedenheit könnte dadurch entstehen, daß man meint, der Osten müßte

sich betreffs der Demokratie erst noch dem Westen angleichen. Eine andere Begründung könnte sein, daß man meint, mit der „Überstülpfung“ des westdeutschen Demokratiemodells auf Ostdeutschland wäre zuviel vom Westen übernommen worden.

Fast jeder zweite Ostdeutsche vertritt 1994 die Auffassung, daß im Hinblick auf Demokratie bereits genügend an den Westen angeglichen wurde (vgl. Tabelle 9.3). Diese Position präsentieren Jüngere und Personen mit Hochschulabschluß überdurchschnittlich. Gleichzeitig sind Jüngere am wenigsten der Auffassung, daß sich der Osten bezüglich der Demokratie noch an den Westen angleichen muß. In anderen Alters- und in allen Qualifikationsgruppen folgt dieser Auffassung immerhin jeder dritte Befragte. Daß vom Westen zuviel übernommen wurde, meinen die 51- bis 60jährigen und Personen mit höherer Qualifikation etwas häufiger als der Durchschnitt. Insgesamt bleibt der Anteil jener, die diese Auffassung vertreten, mit 16 % erstaunlich gering. Eine oft heraufbeschworene DDR-Nostalgie läßt sich in diesem Bereich somit keinesfalls feststellen. Die Übernahme des westdeutschen Demokratiemodells, so läßt sich folgern, trifft weitgehend auf Akzeptanz bei den Ostdeutschen. Die gleichzeitige Kritik an der Demokratieentwicklung läßt vor allem Unzufriedenheit in der praktischen Handhabung und Umsetzung dieses Leitbildes vermuten.

Tabelle 9.3: Bewertung der Angleichung der Demokratie im Osten an den Westen 1994 - in Prozent -

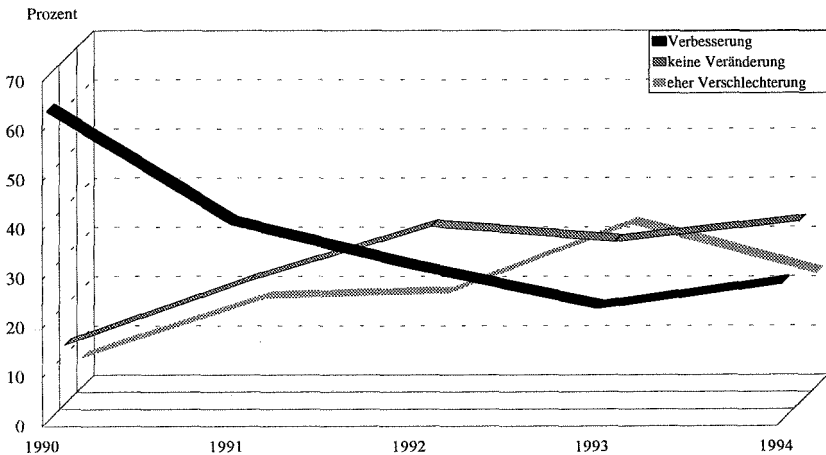
	Osten muß noch an- gleichen	bereits ge- nügend an- geglichen	vom Westen zuviel über- nommen	ich weiß nicht
Gesamt	32	41	16	10
Geschlecht				
Männer	34	41	17	6
Frauen	30	40	15	13
Altersgruppen				
bis 25 Jahre	26	56	10	9
26 bis 40 Jahre	29	46	15	9
41 bis 50 Jahre	37	42	15	5
51 bis 60 Jahre	33	35	20	10
über 60 Jahre	33	34	17	14
Qualifikation				
ohne Abschluß/Teilfacharbeiter	34	36	8	20
Facharbeiter/Meister	32	42	16	9
Fach(hoch)schulabschluß	32	35	19	10
Hochschulabschluß	30	46	17	7

Wenn wir feststellten, daß die Ostdeutschen die bisherige Demokratieentwicklung kritisch bewerten, sehen sie dann auch die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich eher optimistisch oder eher pessimistisch? Von 1990 bis 1993 sind die 'Erwartungen zur Verbesserung der Bedingungen für die Demokratie' dramatisch gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil jener mit negativen Erwartungen in diesem Bereich enorm an (vgl. Abbildung 9.2). 1993 überstieg der Anteil von Personen, der eine Verschlechterung der Bedingungen für eine demokratische Entwicklung erwartete, den Anteil jener mit einer positiven Einschätzung. Jeder dritte ging damit von einer weiteren Verschlechterung aus. Das Übergewicht der negativen Erwartungen traf 1993 für fast alle sozialen Gruppen in gleichem Maße zu. Personen mit Hoch- oder Fachschulabschluß rechneten zu einem besonders hohen Anteil mit einer Verschlechterung der Bedingungen für eine demokratische Entwicklung.

Eine gewisse Trendwende vermitteln die Ergebnisse für 1994. Der Anteil der Befragten, die eher von einer Verbesserung ausgehen, stieg erstmals seit 1990 an, gleichzeitig sank der Anteil jener, die einer Verschlechterung befürchteten.

In den Altersgruppen bis 40 Jahre werden 1994 die geringsten Veränderungen vermutet. Fast jeder zweite rechnet nicht mit Veränderungen, nur jeder vierte mit weiteren Verbesserungen. In den anderen Altersgruppen ist der Anteil jener, die

Abbildung 9.2: Erwartungen in demokratische Entwicklung der Gesellschaft 1990 - 1994



eher von einer Verbesserung der demokratischen Entwicklung ausgehen, etwas höher (jeder dritte Befragte) und der Anteil jener, die keine Veränderung erwarten, etwas geringer. Personen mit höherer Qualifikation nehmen zu einem größeren Anteil eher Verschlechterungen und zu einem geringeren Anteil Verbesserungen an.

Die Einstellungen und Bewertungen der ostdeutschen Bevölkerung zur Demokratie zeigen die weiterhin bestehende hohe Sensibilität für diesen Bereich. Im Vergleich zu den durch die dramatischen Ereignisse gekennzeichneten Jahre 1989/90 hat die Politisierung der Gesellschaft zwar nachgelassen, sie ist aber angesichts der massiven Enttäuschungen und Verunsicherungen, die die Ostdeutschen seither erfahren mußten, immer noch in beachtlichem Maße vorhanden. 1994 ist eine Reihe negativer Entwicklungstrends der Vorjahre zum Stehen gekommen, und teilweise haben positive Bewertungen zur Demokratieentwicklung zugenommen.

9.3 *Teilnahme am politischen Leben*

9.3.1 *Politisches Interesse*

Die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft verlief bislang weitgehend politisch dominiert. So dürfte es in der unmittelbaren Umbruchszeit 1989/90 wohl kaum einen DDR-Bürger gegeben haben, der nicht über die aktuelle Berichterstattung in den Medien die politische Entwicklung verfolgte. Es wäre durchaus plausibel, daß durch die unmittelbare und tiefgreifende Betroffenheit der Menschen von den gesellschaftlichen Veränderungen der Politik weiterhin hohe Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Dies trifft in dem Maße wie in den ersten Jahren nach der Wende nicht mehr zu. Das Interesse für Politik hat sich in der ostdeutschen Bevölkerung recht unterschiedlich entwickelt. Dem Anteil der Ostdeutschen mit einem sehr starken bzw. starken Interesse an Politik, 1993 war das fast jeder dritte, steht ein gleich großer Anteil an Personen gegenüber, der sich nur wenig oder überhaupt nicht (mehr) für Politik interessiert (vgl. Tabelle 9.4).

Da immerhin fast die Hälfte noch im mittleren Maße politisch interessiert ist - 1994 gaben dies 42 % an - kann durchaus nicht von einer generellen Politikverdrossenheit der Ostdeutschen die Rede sein. Dieses häufig beschworene Phänomen trifft offenbar nur für einen kleineren Kreis zu, da lediglich 7 % der Befragten ein völliges politisches Desinteresse äußerten. Allerdings sinkt das Politikinteresse 1994 gegenüber 1993 leicht ab. Dadurch überwiegt sogar der Anteil der politisch Desinteressierten gegenüber den stark politisch Interessierten. Männer und Frauen schenken der Politik in sehr unterschiedlichem Maße Beachtung. Nur halb so viele Frauen wie Männer stehen der Politik aufgeschlossen gegenüber.

Besonders problematisch für zukünftige Entwicklungen ist der geringe Anteil der politisch interessierten Jugendlichen. Ihr Anteil an den politisch Interessierten

Tabelle 9.4: Interesse für Politik 1993 und 1994 - in Prozent -

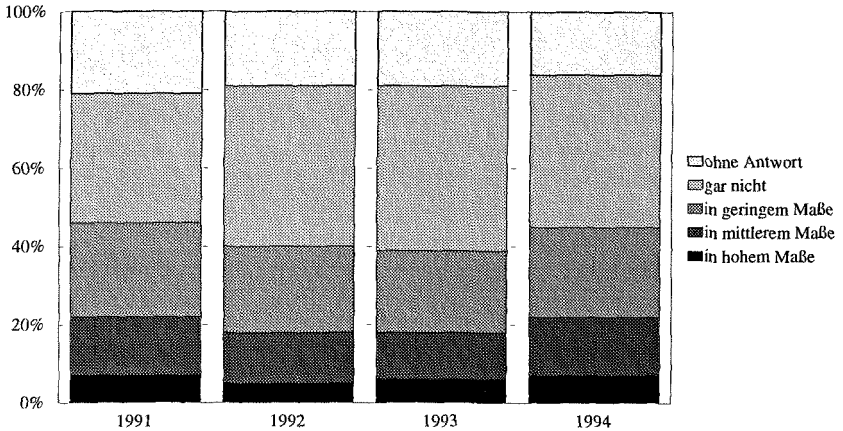
	1993		1994	
	sehr stark/ stark	wenig/über- haupt nicht	sehr stark/ stark	wenig/über- haupt nicht
Gesamt	30	30	27	31
Geschlecht				
Männer	41	23	37	24
Frauen	21	35	18	36
Altersgruppen				
bis 25 Jahre	25	25	21	42
26 bis 40 Jahre	24	32	23	30
41 bis 50 Jahre	30	29	28	28
51 bis 60 Jahre	33	33	27	29
über 60 Jahre	35	33	29	34
Qualifikation				
ohneAbschluß/Teilfachtarbeiter	13	53	16	49
Facharbeiter/Meister	21	34	20	35
Fach(hoch)schulabschluß	36	15	37	19
Hochschulabschluß	50	7	56	8

Datenbasis: sfz/leben '93, '94

ist von allen Altersgruppen am geringsten und der Anteil der politisch desinteressierten Jugendlichen am höchsten. In der Altersgruppe bis 25 Jahre gaben letzteres sogar 42 % an, was bedeutet, daß jeder zweite dieser Gruppe, die bereits zu einem wesentlichen Teil durch die Nachwendegesellschaft geprägt wurde, der Politik keine Beachtung schenkt. Wenig überrascht das steigende politische Interesse bei höherer Qualifikation. Mit 56 % bekunden mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventen ein hohes politisches Interesse. In dieser Gruppe ist der Anteil der Interessierten 1994 gegenüber 1993 sogar noch weiter angestiegen.

Im Bemühen, politisch aktiv zu sein, lassen sich von 1991 bis 1994 nur geringe Veränderungen feststellen (vgl. Abbildung 9.3). Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen hat für eine solche Beteiligung überhaupt keine Ambitionen. Nur ein kleiner Teil versucht in sehr hohem bzw. hohem Maße, politisch aktiv zu sein. Ein entsprechendes Engagement gaben 1991 lediglich 7 % der Befragten an. Nach einem leichten Absinken in den Folgejahren wurde dieser Wert 1994 wieder erreicht. Eine ähnliche Tendenz des geringfügigen Absinkens und wieder leichten Anstiegens finden wir ebenfalls bei jenem Teil der Befragten, der sich in mittlerem und geringem Maße um politische Partizipation bemüht. Diese leichte Verbesserung der Partizipationsbemühungen kann als erstes zaghaftes Normalitäts- und

Abbildung 9.3: Bemühungen um politische Aktivität 1991 - 1994



Datenbasis: sfz/leben '91, '92, '93, '94

Konsolidierungszeichen gewertet werden. Nach der tiefen Resignation der Ostdeutschen und dem damit verbundenen Rückgang der gesellschaftlichen Mitwirkungsbereitschaft, die vor allem bis 1993 charakteristisch waren, gewinnen bei einem Teil der Ostdeutschen offenbar Einstellungen an Gewicht, die von einem stärkeren eigenen gesellschaftlichen Engagement ausgehen.

Die Bemühungen um politische Aktivität sind bei Männern stärker als bei Frauen vorhanden. In der Altersgruppe von 41 bis 50 Jahren ist der Anteil jener, die sich um eine Beteiligung bemühen, am höchsten. Mit zunehmender Qualifikation steigt die Intensität, mit der man sich bemüht, politisch aktiv zu sein. Bei Hochschulabsolventen sind es 1994 rund 13 %, die sich in besonders hohem Maße um politische Aktivität bemühen.

In diesem Zusammenhang können folgende Schlußfolgerungen gezogen werden: 1990 hatte eine 'Politisierung von Sozialstrukturen' in Ostdeutschland noch nicht stattgefunden³⁾. Danach zeichnet sich vor allem eine zunehmende Polarisierung nach der Qualifikation ab. Für Personen ohne oder nur mit geringer Qualifikation verlieren Politik und gesellschaftliche Partizipation an Bedeutung. Bei Höherqualifizierten verstärkt sich hingegen das bereits überdurchschnittlich vorhandene politische Interesse und das Bemühen um politische Aktivität.

9.3.2 *Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen*

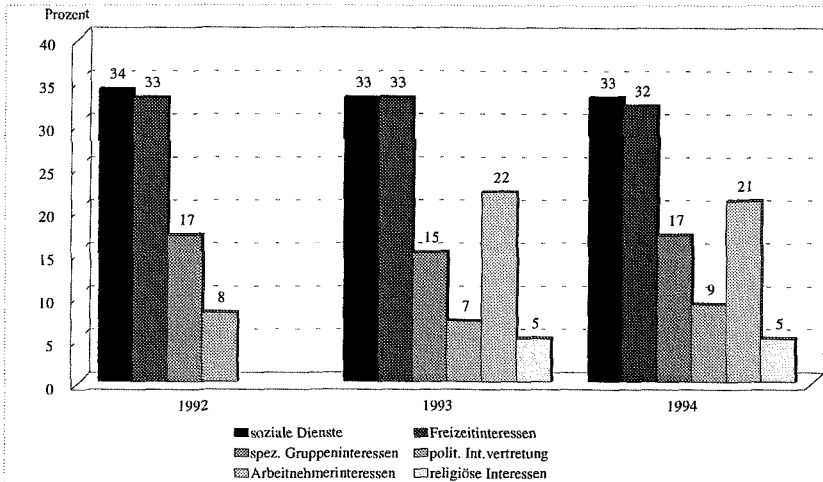
Für die Artikulierung und die Durchsetzung von Interessen bieten Organisationen einen wichtigen Rahmen.

Den meisten Ostdeutschen ist die Mitgliedschaft in Organisationen durchaus vertraut. In der DDR gab es über 80 Organisationen, die jeweils für einen bestimmten Bereich des gesellschaftlichen Lebens zuständig waren. Neben der SED als dominierender Staatspartei, die 1988 2,3 Millionen Mitglieder zählte, gehörten CDU (140.000), DBD (125.000), LDPD (115.000) und NDPD (110.000) zu den sogenannten Parteien des demokratischen Blocks (Blockparteien). Die großen Massenorganisationen wie u.a. der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK), der Kulturbund, die Volkssolidartät oder der Deutsche Turn- und Sportbund der DDR (DTSB) hatten jeweils mehrere Millionen oder wenigstens 100.000 Mitglieder. Mit 9,6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern wurde beispielsweise ein Organisationsgrad von fast 100% bei den Erwerbstätigen erreicht. Die Organisationen zeichneten sich zumeist durch einen zentralistischen Aufbau und eine starke Systemnähe aus. Hinsichtlich ihrer Zielstellungen und der gesellschaftlichen Wirksamkeit ordneten sie sich dem Herrschaftsanspruch der SED-Führung unter. Die formale Mitgliedschaft in vielen dieser Organisationen gehörte zum System, nur im Rahmen der Organisationen waren beispielsweise bestimmte sportliche, kulturelle oder andere Freizeitaktivitäten zu realisieren. Ein großer Teil der Ostdeutschen, der nur mehr oder weniger freiwillig Mitglied dieser Organisationen wurde, verließ diese 1989/90. Die Ursachen sind einerseits im Fortfallen des gesellschaftlichen Drucks zur Mitgliedschaft zu sehen. Andererseits spielten die Enttäuschungen über das System, der Formalismus und die fehlende Transparenz in den Organisationen eine beachtliche Rolle für den Austritt. Außerdem verringerte sich die Notwendigkeit, den Zugang zu bestimmten Einrichtungen und Leistungen über die Mitgliedschaft in Organisationen zu sichern. Die mehr oder weniger schlechten Erfahrungen mit der Mitgliedschaft in Organisationen, die für viele Ostdeutsche ein wesentliches Argument für die Zurückhaltung bei der Mitarbeit in Organisationen sind, müssen als Hintergrund für die Betrachtung der Situation nach 1990 Berücksichtigung finden.

Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen hat sich von 1992 bis 1994 nicht grundlegend verändert (vgl. Abbildung 9.4). Wir konzentrieren uns in der folgenden Betrachtung zur Mitarbeitsbereitschaft auf die Kategorie der vollen Zustimmung und lassen die Möglichkeit der Antwortvorgabe „eventuell“ weitgehend außer Betracht.

Jeder dritte Ostdeutsche - dieser Anteil blieb seit 1992 unverändert - ist bereit, in Organisationen mit sozialer Ausrichtung mitzuarbeiten. Das trifft in gleichem

Abbildung 9.4: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgaben-Richtungen 1992 - 1994



Datenbasis: sfz/leben '92, '93, '94

Maße für Freizeitorganisationen zu. Jeder fünfte ist geneigt, in Organisationen zur Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen und zur Wahrnehmung weiterer spezieller Gruppeninteressen (z.B. Mieterverein) aktiv zu sein. Deutlich geringer ist hingegen die Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Interessenvertretungen und in Organisationen mit religiösen Zielstellungen. In diesen Organisationen möchte nur jeder zehnte bzw. jeder zwanzigste Ostdeutsche mitarbeiten. Gegenwärtig ist man folglich in Ostdeutschland vor allem bereit, sich in der Gesellschaft für soziale Belange und weniger für politische Zielstellungen einzusetzen. Das bedeutet mit anderen Worten, politische Abstinenz soll durch soziales Engagement kompensiert werden. Das starke Interesse für Freizeitorganisationen läßt gleichzeitig auf den hohen Stellenwert dieses Bereichs bei den Ostdeutschen schließen. Die geringe Religionsbindung im Osten erklärt hingegen die begrenzte Bereitschaft zur Mitarbeit in religiösen Organisationen.

Die Antworten reflektieren eine starke Geschlechts-, Alters- und Qualifikationsabhängigkeit (vgl. Tabelle 9.5).

Frauen sind in stärkerem Maße als Männer bereit, in sozialen gemeinnützigen Organisationen mitzuarbeiten, aber sie sind weniger bereit, in politischen Interessenvertretungen aktiv zu werden. Bei den Männern erreicht die Sympathie für Freizeitorganisationen den höchsten Wert. Jugendliche präferieren Freizeit-

Tabelle 9.5: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgaben 1994 - in Prozent -

	Mitarbeit					
	soziale, gemein- nützige Dienste	polit. Interes- senver- tretung	Frei- zeit- inter- essen	spez.In- teressen von Gruppe	reli- giöse Ziele	Arbeit- nehmer- inter- essen- vertr.
Gesamt	33	9	32	17	5	21
Geschlecht						
Männer	31	13	35	17	5	22
Frauen	35	6	30	16	6	20
Altersgruppen						
bis 25 Jahre	28	11	44	22	6	19
26 bis 40 Jahre	37	8	39	21	4	28
41 bis 50 Jahre	40	10	33	19	11	27
51 bis 60 Jahre	36	9	35	18	4	24
über 60 Jahre	24	10	18	9	5	7
Qualifikation						
ohne Abschluß/Teilfacharb.	29	7	26	17	6	11
Facharbeiter/Meister	29	6	31	15	5	21
Fach(hoch)schulabschluß	44	13	37	19	6	24
Hochschulabschluß	45	19	35	26	6	24

Datenbasis: sfz/leben '94

organisationen noch wesentlich stärker und sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen in geringerem Maße zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen bereit. Einen deutlichen Abbruch erfährt das Interesse zur Mitarbeit in Organisationen bei Personen über 60 Jahre. Diese generelle Tendenz trifft nur für Organisationen zur politischen Interessenvertretung und zur Wahrnehmung religiöser Ziele nicht zu. In diesen beiden Bereichen unterscheidet sich die Bereitschaft der älteren Bürger nicht von denen anderer Altersgruppen.

Bei Personen mit Fach- und Hochschulabschluß ist die Mitarbeitsbereitschaft besonders stark ausgeprägt. Eine Ausnahme bilden Organisationen mit religiösen Zielen. Fast jeder zweite mit höherer Qualifikation will sich in sozialen, gemeinnützigen Diensten beteiligen. In Vereinigungen zur politischen Interessenvertretung möchte jeder fünfte Hochschulabsolvent wirken.

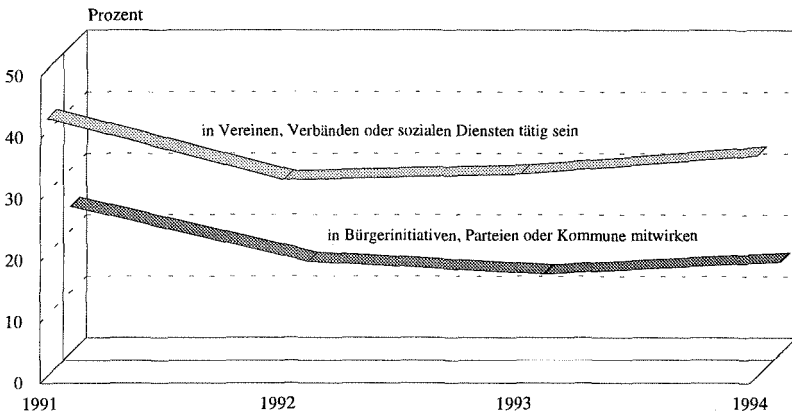
9.3.3 Mitwirkung in Organisationen (Parteien, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Vereinen)

Zwischen der Bereitschaft, in Organisationen mitzuwirken, und der tatsächlichen Aktivität können aus unterschiedlichen Gründen erhebliche Abweichungen bestehen. Deshalb sollen die Mitwirkungsaktivitäten der Ostdeutschen in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten sowie in Bürgerinitiativen, Parteien und auf kommunaler Ebene näher betrachtet werden (vgl. Abbildung 9.5).

Die Ergebnisse stützen die bereits dargestellten Resultate zur Mitarbeitsbereitschaft in Organisationen mit unterschiedlicher Aufgabenausrichtung. 15 % der Ostdeutschen gaben 1994 an, in Bürgerinitiativen, Parteien oder in der Kommune mitzuwirken - wenn zum Teil auch nur in längerfristigen Abständen. Mehr als jeder dritte (36 %) ist hingegen in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten tätig. Diese Relation macht noch einmal die Zurückhaltung der Ostdeutschen im unmittelbaren politischen Bereich deutlich. Organisationen weiterer gesellschaftlicher Interessenwahrnehmung finden deutlich stärkeren Zuspruch.

Bekannte Muster politischer Partizipation, die auf ein geringeres politisches Engagement der Frauen, Jugendlichen, Personen im Vorruhestand und im Rentenalter schließen lassen, treffen gegenwärtig auch für Ostdeutschland zu. Der Beteiligungsgrad bei Jugendlichen unter 25 Jahren ist andererseits in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten am höchsten und liegt bei fast 50 %. In diesem Bereich sind von den Personen über 60 Jahre mit 28 % weitaus weniger aktiv. Der

Abbildung 9.5: Gesellschaftliche Partizipation 1991 - 1994



hohe Beteiligungsgrad der Jugendlichen in dieser Kategorie resultiert vor allem aus Mitwirkungsaktivitäten in Freizeitvereinen (z.B. Sportvereine), ältere Menschen nutzen diese Organisationsformen in Ostdeutschland bisher seltener.

Gesellschaftliche Mitwirkung setzt nicht automatisch die Mitgliedschaft in einer Organisation voraus. Ostdeutsche stehen zudem aus den bereits dargestellten Gründen einer Mitgliedschaft häufig vorerst noch reserviert bis ablehnend gegenüber. Entsprechend fallen Angaben über die Mitgliedschaft (vgl. Tabelle 9.6) geringer aus als jene zur Mitarbeit.

Seit 1992 hat sich der Anteil jener, die angeben, Mitglied einer Partei oder einer Bürgerinitiative zu sein, so gut wie nicht verändert. Über den Zeitraum von 1992 bis 1994 bleibt der Anteil der Ostdeutschen, die Mitglied in einem Verein bzw. Verband sind, fast konstant - jeder vierte Befragte ist hier Mitglied. Ebenso hoch ist der Anteil jener, die 1994 Mitglied einer Gewerkschaft waren. Im Vergleich zu 1992, als dies noch 42 % angaben, ist das ein drastischer Rückgang. Er erklärt sich zu einem wesentlichen Teil durch das Ausscheiden vieler Ostdeutscher aus der Erwerbstätigkeit, dürfte jedoch gleichzeitig durch Austritte entstanden sein, die mit Unzufriedenheit und Enttäuschung mit der gewerkschaftlichen Interessenwahrnehmung (Sicherung von Arbeitsplätzen, Tarifpolitik) zusammenhängen. Nicht zuletzt sind eine Reihe ehemals vorhandener Vorteile, wie beispielsweise die Versorgung mit preiswerten Urlaubsplätzen oder Fahrpreisermäßigungen, weggefallen. Der Verlust dieser ehemaligen Vorzüge und gleichzeitig die Zahlung von höheren Mitgliedsbeiträgen (im Vergleich zum FDGB) in angespannter wirtschaftlicher Situation könnte die Entscheidung zuungunsten einer Gewerkschaftsmitgliedschaft beeinflusst haben. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten ist Mitglied in keiner Organisation. Dabei ist der Anteil der Jugendlichen und Personen über 60

Tabelle 9.6: Mitgliedschaft 1990 - 1994

	1990	1991	1992	1993	1994
Partei	8	6	5	4	5
Gewerkschaft	- *)	- *)	42	29	25
Verein/Verband	- *)	- *)	26	27	26
Bürgerinitiative	- *)	- *)	1	2	2
nirgends	- *)	- *)	-	52	55

*) Nicht erhoben.

Datenbasis: sfz/leben '90, '91, '92, '93, '94

Jahre besonders hoch. Frauen sind zu 60 % in keiner Organisation. Bei Personen ohne bzw. mit Teilfacharbeiterabschluß sind sogar drei von vier nirgends organisiert.

Die geringe Organisationsorientierung der Ostdeutschen bringt nicht nur deutliche Nachteile für deren Interessenartikulation und Interessendurchsetzung. Neben der wichtigen Rolle bei gesellschaftlicher Konfliktaustragung dürfen zudem die möglichen identitäts- und gemeinschaftsstiftenden Funktionen von Organisationen in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft nicht unterschätzt werden. Von entsprechenden Defiziten können langfristig nachhaltige negative Wirkungen ausgehen.

9.3.4 Einstellung zu und Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften

Wie zu erwarten, war nach der Wende bis 1992 eine feste Parteienbindung in Ostdeutschland wenig ausgeprägt. Diese geringe Stabilität in der Parteienbindung erklärt sich einerseits aus den beträchtlichen Veränderungen in der Parteienlandschaft und einer damit in Verbindung stehenden, noch nicht festen organisatorischen Etablierung der einzelnen Parteien. Andererseits machten sich die Bürger im Osten erst mit den Zielstellungen und praktischer Politik der Parteien vertraut. Besonders charakteristisch für diesen Zeitraum sind die Enttäuschungen über die westlich dominierten Parteien und ihre Politiker. Die Ostdeutschen fanden zunehmend ihre Interessen ungenügend durch diese Parteien vertreten. Erfahrungen, daß Parteien und Politiker Versprechungen machten, die nicht eingehalten wurden, führten zu einem wachsenden Vertrauensverlust. Einfluß auf ein kritisches Verhältnis dürfte zugleich haben, daß den Ostdeutschen zunehmend der vorhandene Parteienegoismus und die Unfähigkeit der Parteien, wichtige Probleme zu lösen, deutlich wurde. Korrekturen in der Parteienneigung gehörten deshalb in diesem Zeitraum zur politischen Normalität.

Der Anteil der Sympathisanten für die einzelnen Parteien, aber auch jener, die sie ablehnen, schwankte bis 1992 teilweise beträchtlich (vgl. Tabelle 9.7). Für die Ostdeutschen zählten offenbar neben Aspekten einer vermuteten und wahrgenommenen Interessenvertretung durch die jeweilige Partei weitere Faktoren. Dazu gehörten besonders die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Problemstellungen (z.B. Umweltschutz, allgemeine wirtschaftliche Situation, Arbeitslosigkeit) und deren Reflexion in der Tätigkeit der Parteien.

Unmittelbar nach der Wende standen viele Bürger in Ostdeutschland neuen Ideen und Personen aufgeschlossen gegenüber. In diesen Kontext ist u.a. die sehr starke Sympathie für Bündnis 90/Die Grünen einzuordnen, die allerdings nach deren Zusammenschluß ab 1993 zurückging.

Tabelle 9.7: Verhältnis zu Parteien 1990 - 1994 - in Prozent -

	1990		1991		1992		1993		1994	
	Mitglied/ Sympathisant	Ab- leh- nung	Mit- glied/ Sym- pathi- sant	Ab- leh- nung	Mit- glied/ Sym- pathi- sant	Ab- leh- nung	Mit- glied/ Sym- pathi- sant	Ab- leh- nung	Mit- glied/ Sym- pathi- sant	Ab- leh- nung
CDU	12	18	27	37	20	35	20	38	21	30
SPD	47	8	37	14	37	11	32	17	33	12
F.D.P.	- *)	- *)	25	15	18	17	13	24	8	23
PDS	14	60	14	51	12	48	19	41	23	31
Grüne/ Bünd- nis 90**)	26	7	30	13	30	15	32	19	28	16
Repu- blikaner	- *)	- *)	2	73	5	77	2	81	2	80

*) 1990 nicht erhoben.

**) Bis 1993 getrennt erhoben.

Datenbasis: sfz/leben '90, '91, '92, '93, '94

Ab 1993 werden bestimmte, historisch erklärbare Vorurteile, wie sie besonders die PDS betreffen, stärker abgebaut. Die zunehmende Profilierung der PDS als ostdeutsche Oppositionspartei führte zu ihrer wachsenden Akzeptanz und zu einem Anstieg der Zahl ihrer Sympathisanten. 1994 ist fast jeder vierte der Befragten Mitglied oder Sympathisant dieser Partei, und nur noch 31 % lehnen sie ab. Im Vergleich dazu lag 1990 der Anteil der Sympathisanten bei 14 % und mehr als jeder zweite (60 %) lehnte die PDS ab. Als Ursachen für diesen Präferenzumschwung für die PDS werden häufig vor allem Trotz, Enttäuschung und Nostalgie genannt. Unberücksichtigt bleibt die starke Ausrichtung der PDS auf die ostdeutsche Interessenlage. Für die erfolgreiche Etablierung der PDS als ostdeutsche Protest- und Interessenpartei haben außerdem die anderen Parteien nicht unwesentlich beigetragen. Hier sind die für viele Bürger nicht mehr wahrzunehmenden Unterschiede zwischen CDU, F.D.P und SPD in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, besonders aber ihre Haltungen zur Lösung von aktuellen Problemen in Ostdeutschland, zu nennen. Ein beträchtlich gewachsener Anteil der Ostdeutschen fühlt sich in dieser Hinsicht von der PDS augenscheinlich besser vertreten.

Für die etablierten westdeutschen Parteien begann 1992/93 in Ostdeutschland ein zeitlicher Abschnitt, der durch Stagnation in der Zustimmung oder sogar

Sympathieverlust gekennzeichnet war. Die CDU schien dabei selbst Opfer der Versprechungen zu werden, die in der Folgezeit nicht eingehalten wurden. Dieser Trend hat sich 1994 nicht bestätigt. Der Anteil der Sympathisanten für die CDU hat sich bei 20 % stabilisiert, der Anteil der Personen, die die CDU ablehnen, ist wieder zurückgegangen. Ähnliche Entwicklungen treffen für die SPD zu. Die 1993 eingetretenen Sympathieverluste setzten sich 1994 nicht weiter fort. 1994 fühlt sich jeder dritte der Befragten zu dieser Partei hingezogen. Nur etwa jeder zehnte Ostdeutsche lehnt die SPD ab. Nach diesem Stimmungsbild ist die SPD in Ostdeutschland die Partei mit den meisten Sympathisanten und dem geringsten Anteil an Kritikern. Allerdings muß man bei Sympathiebewertungen berücksichtigen, daß sich diese nicht automatisch in Wahlentscheidungen niederschlagen. Besonderen Stellenwert für die Wahlentscheidung hat erfahrungsgemäß die wirtschaftspolitische Kompetenz, die einer Partei zur Lösung einer schwierigen wirtschaftlichen Lage zugeschrieben wird, wie sie zur Zeit in Ostdeutschland anzutreffen ist. Das Gewicht der CDU wird in dieser Hinsicht von den Bürgern zumeist stärker geschätzt.

Einen kontinuierlichen Sympathieabbau verzeichnet die F.D.P. Nachdem 1991 noch jeder vierte mit dieser Partei favorisierte, ist es 1994 nur noch weniger als jeder zehnte. Gleichzeitig stiegen die Ablehnungen von 15 % auf 23 %.

Die Unterstützung für die Republikaner bleibt über den betrachteten Zeitraum gering - lediglich 1992 steigt sie an. Bei einer großen Mehrheit in Ostdeutschland trifft diese rechtsorientierte Partei auf Ablehnung. Vier von fünf Ostdeutschen sind 1994 gegen diese Partei.

Bei gruppenspezifischen Unterschieden haben Frauen ein höheres Maß an Sympathie für die SPD und für Bündnis 90/Die Grünen. Die Mitglieder und Sympathisanten der CDU, SPD und PDS nehmen in den höheren Altersgruppen zu, während bei Bündnis 90/Die Grünen und den Republikanern ein umgekehrtes Verhältnis zu verzeichnen ist. Überdurchschnittlich sind Arbeitslose und Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Mitglied oder Sympathisant von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS, während sie bei der F.D.P. unterdurchschnittlich vertreten sind.

Da die Parteien für die Interessenartikulation und -vertretung der Bürger eine wichtige Rolle spielen, sind in diesem Zusammenhang der Mitgliederentwicklung und die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Mitgliedschaft in den einzelnen Parteien aufschlußreich. Die Parteienlandschaft war in Ostdeutschland unmittelbar nach der Wende durch eine Ausdifferenzierung und die Gründung einer Reihe kleinerer Parteien gekennzeichnet. Letztere konnten sich in der Folgezeit nicht erfolgreich etablieren. Über die Bildung von Bündnissen für die Wahlen 1990 begann ein Prozeß der Angleichung an das westdeutsche Parteiensystem.⁴⁾ Der größte Teil der ehemaligen Blockparteien fusionierte noch vor der Einheit mit westdeutschen Parteien. Die Ost-CDU und DBD gingen in die CDU, die LDPD und NDPD über verschiedene Umbenennungen und Zersplitterungen in die F.D.P. ein. Diese Verände-

rungen wurden nur von einem Teil der Mitgliederbasis getragen. In der Folge kam es, ebenso wie bei der aus der SED hervorgegangenen PDS, zu zahlreichen Austritten. Die ostdeutsche Parteienlandschaft unterscheidet sich gegenwärtig von der westdeutschen vor allem durch den starken Einfluß der PDS. Insgesamt waren 1993 rund 300.000 Ostdeutsche Mitglied einer Partei. Das entspricht 2,5 % der wahlberechtigten ostdeutschen Bevölkerung. In Westdeutschland liegt der Anteil bei 4 % und damit über diesem Wert (vgl. Tabelle 9.8).

Von 1991 bis 1992 verloren alle Parteien in Ostdeutschland Mitglieder. In der SPD und Bündnis 90/Die Grünen stiegen die Mitgliederzahlen 1993 wieder leicht an. Die SPD erreichte damit 96 % des Mitgliederbestandes, den sie 1991 hatte. Der Mitgliederbestand der FDP fiel in diesem Zeitraum am stärksten. Ein Verlust von 36.000 Mitgliedern bedeutet einen Rückgang von 1991 bis 1993 auf 67 %. Mit 41.000 Mitgliedern verlor die PDS nur wenig mehr Mitglieder. Ihr Mitgliederbestand

Tabelle 9.8: Mitgliederentwicklung der Parteien in den neuen Bundesländern und Berlin(Ost) 1990 - 1993 - in 1.000 -

	1990	1991	1992	1993
CDU - gesamt	789,6	756,5	713,9	694,9
neue Bundesländer/Berlin(Ost)	134,4*)	114,1	96,8	87,4*)
Anteil in %	17,0	15,1	13,4	12,6
SPD - gesamt	-	919,9	886,0	885,4
neue Bundesländer/Berlin(Ost)	-	29,7	28,2	28,5
Anteil in %	-	3,2	3,2	3,2
F.D.P. - gesamt	-	137,6	103,2	99,2
neue Bundesländer/Berlin(Ost)	-	71,5	38,7	33,8*)
Anteil in %	-	52,0	37,5	34,1
PDS - gesamt	-	172,6	146,7	131,4
neue Bundesländer/Berlin(Ost)	-	172,0	146,2	130,3
Anteil in %	-	100	100	99,2
Bündnis 90/Die Grünen - gesamt**)	41,3	38,9	36,3	39,7
neue Bundesländer/Berlin(Ost)	1,3*)	1,4*)	1,0	3,1
Anteil in %	3,2	3,6	2,8	7,8
Republikaner - gesamt	-	-	-	24,0
neue Bundesländer/Berlin(Ost)	-	-	-	3,4
Anteil in %	-	-	-	14,2

*) Ohne Berlin(Ost).

**) Bis 1992 Mitgliederzahlen nur für Die Grünen.

Quelle: Parteivorstände

verringerte sich 1993 auf 76 % gegenüber 1991. Die CDU verließen im Osten rund 50.000 Mitglieder. Sie hatte damit 1993 noch 79 % des Mitgliederbestandes von 1991.

Tabelle 9.9: Mitgliederentwicklung der Parteien in den neuen Bundesländern und Berlin(Ost) 1990 - 1993 - nach Landesverbänden - in 1.000 -

	1990	1991	1992	1993
CDU - neue Bundesländer/Berlin(Ost) gesamt	134,4*)	114,1	96,8	87,4*)
Landesverbände (Anteil in Prozent):				
Brandenburg	18,6	13,8	11,3	10,7
Mecklenburg-Vorpommern	21,2	15,1	12,4	11,3
Sachsen	37,6	32,6	28,2	25,8
Sachsen-Anhalt	26,2	22,4	18,6	17,3
Thüringen	30,8	27,3	23,8	22,3
Berlin(Ost)	-	2,9	2,5	-
SPD - neue Bundesländer/Berlin(Ost) gesamt	-	29,7	28,2	28,5
Landesverbände (Anteil in Prozent):				
Brandenburg	-	6,9	6,8	6,7
Mecklenburg-Vorpommern	-	3,3	3,3	3,2
Sachsen	-	4,7	4,8	5,0
Sachsen-Anhalt	-	6,9	5,3	5,5
Thüringen	-	5,5	5,6	5,6
Berlin(Ost)	-	2,4	2,4	2,5
F.D.P. - neue Bundesländer/Berlin(Ost) gesamt	-	71,5	38,7	33,8*)
Landesverbände (Anteil in Prozent):				
Brandenburg	-	8,9	5,2	4,7
Mecklenburg-Vorpommern	-	8,0	5,8	4,8
Sachsen	-	16,8	9,7	9,0
Sachsen-Anhalt	-	14,3	8,4	7,8
Thüringen	-	21,0	7,8	7,5
Berlin(Ost)	-	2,5	1,8	-
PDS - neue Bundesländer/Berlin(Ost) gesamt	-	172	146,2	130,3
Landesverbände (Anteil in Prozent):				
Brandenburg	-	25,0	22,9	20,7
Mecklenburg-Vorpommern	47,5	21,9	18,2	15,9
Sachsen	-	45,4	39,9	34,3
Sachsen-Anhalt	43,8	23,2	21,0	19,5
Thüringen	40,0	25,3	17,1	16,5
Berlin(Ost)	-	31,2	27,1	23,4
Bündnis 90/Die Grünen - neue Bundesländer/Berlin(Ost) gesamt**)	1,3*)	1,4*)	1	3,1
Landesverbände (Anteil in Prozent):				
Brandenburg	0,3	0,4	0,3	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	0,3	0,3	0,1	0,3
Sachsen	-	-	-	1,0
Sachsen-Anhalt	0,3	0,3	0,2	0,3
Thüringen	0,4	0,4	0,3	0,4
Berlin(Ost)	-	-	0,1	0,4
Republikaner - neue Bundesländer/Berlin(Ost) gesamt				3,4

*) Ohne Berlin(Ost).

***) Bis 1992 Mitgliederzahlen nur für Die Grünen.

Quelle: Parteivorstände, Landesverbände der Parteien

Die PDS ist weiterhin die mitgliederstärkste Partei in den neuen Bundesländern. Ihr Einfluß als ostdeutsche Protest- und Interessenpartei blieb bisher weiterhin regional auf den Osten beschränkt. Mit 34 % ihrer Mitglieder in Ostdeutschland ist die FDP hier gut vertreten. Gering ist hingegen der Anteil der ostdeutschen Mitglieder in der CDU, der SPD, bei Bündnis 90/Die Grünen und den Republikanern. Die Mitglieder der ostdeutschen Landesverbände der CDU stehen 1993 mit einem Anteil von 13 % noch relativ günstig da. Der Mitgliederanteil beträgt hingegen bei der SPD lediglich 3 %, beim Bündnis 90/Die Grünen 8 % und bei den Republikanern ebenfalls 3 %.

Zur Mitgliederstruktur liegen nur Angaben der CDU und der SPD vor (vgl. Tabelle 9.10).

Es fällt auf, daß der Frauenanteil in den Landesverbänden Ost der CDU mit 36,9 % beträchtlich höher ist als in der SPD mit 23,8 %. Zugleich sind in der CDU mehr Mitglieder aus den mittleren Altersgruppen vertreten. Sowohl der Anteil von Jugendlichen als auch der Anteil von Personen über 60 Jahren ist hingegen in der SPD höher. Überraschend groß ist der Anteil der Arbeiter in der CDU - dieser Status trifft für jedes dritte Mitglied zu. Die SPD weist hingegen nur jedes fünfte Mitglied als Arbeiter aus. Dafür erreichen die Angestellten in dieser traditionellen Arbeiterpartei einen Anteil von 42 %. In der CDU sind lediglich 17 % der Mitglieder Angestellte. Im Osten hat die SPD außerdem einen größeren Anteil von Arbeitslosen und einen geringeren Anteil von Rentnern als die CDU.

Tabelle 9.10: Mitgliederstruktur der CDU (1992) und SPD (1993) in den neuen Bundesländern - in Prozent -

	CDU	SPD
Frauenanteil	36,9	23,8
Alter		
Mitgliederanteil unter 30 Jahren	6,9	10,6
Mitgliederanteil über 60 Jahre	25,9	31,0
Erwerbsstatus		
Angestellte	16,9	42,2
Arbeiter	31,9	18,3
Beamte	2,1	1,9
Hausfrauen/-männer	3,9	0,9
Schüler/Studenten in Ausbildung	1,4	3,3
Selbständige	7,5	7,3
Rentner	17,4	9,8
Arbeitslose	1,5 *)	8,4

*) 1991.

Quelle: Parteivorstände

Beträchtliche Unterschiede bestehen nicht nur zwischen der CDU- und SPD-Mitgliedschaft in den neuen Bundesländern, sondern auch zwischen den Mitgliederstrukturen der Landesverbände in Ost- und Westdeutschland. Die Landesverbände der CDU im Osten haben einen wesentlich höheren Frauenanteil, der Anteil der Arbeiter und Rentner ist jeweils dreimal so hoch wie in den westlichen Landesverbänden. Der Anteil der Beamten, der im Osten in der CDU rund 2 % beträgt, ist im Westen um das Sechsfache höher. Einen beachtlichen Beamtenanteil haben auch die westlichen Landesverbände der SPD (rd. 11 %). In den östlichen Landesverbänden ist er deutlich geringer (rd. 2 %). Mit geringeren Anteilen sind die Arbeiter und Hausfrauen/-männer im Osten in der SPD vertreten; die Anteile der Arbeitslosen und Angestellten sind hingegen höher.

Nachdem der FDGB sich zum 30. September 1990 auflöste, trat zunächst ein großer Teil dessen Mitglieder in der Regel durch eine individuelle und freiwillige Beitritts- bzw. Übertrittserklärung den bundesrepublikanischen Gewerkschaften bei. Wichtige Motive für diesen Schritt waren die existentiellen Unsicherheiten, hoher Orientierungsbedarf und die Möglichkeit, Dienstleistungen wie Rechtsschutz, Beratungen usw. in Anspruch zu nehmen. Ende 1991 waren rund 47 % der ehemaligen Gewerkschaftsmitglieder des FDGB und rund 60 % der Erwerbstätigen im DGB organisiert.⁵⁾

Die hohe gewerkschaftliche Organisiertheit der Ostdeutschen ist seit 1991 deutlich zurückgegangen (vgl. Tabelle 9.11). Die Landesbezirke Ost des DGB verloren

Tabelle 9.11: Mitgliederentwicklung und -struktur der DGB-Landesbezirke in Ostdeutschland 1991 - 1993 (Stand: 31.12.)

DGB-Landesbezirk	Mitglieder			Mitglieder- veränderung zu 1991		Frauenanteil			Anteil der Mitglieder bis 25 Jahre		
	(in 1.000)			(in %)		(in %)			(in %)		
	1991	1992	1993	1992	1993	1991	1992	1993	1991	1992	1993
Berlin-Brandenburg	1229,6	1036,0	910,7	84,3	74,1	46,1	45,8	45,2	10,3	9,1	8,2
Mecklenburg-Vorpommern	417,9	339,1	283,5	81,1	67,8	51,1	51,6	51,1	11,2	9,9	8,8
Sachsen	1254,1	991,4	836,3	79,1	66,7	48,9	48,5	47,8	8,9	9,7	8,3
Sachsen-Anhalt	671,7	549,4	471,9	81,8	70,3	50,0	48,1	47,8	10,8	9,7	9,2
Thüringen	584,4	476,0	404,3	81,5	69,2	49,9	49,2	48,5	9,6	9,8	8,6
Landesbezirke Ost	4157,7	3391,9	2906,7	81,6	69,9	48,6	48,0	47,4	9,9	9,5	8,5

von 1991 bis 1993 mit rund 1.250.000 Mitgliedern 30 % ihres Mitgliederbestandes. Die Reduzierung der Mitgliederzahlen folgt parallel oder mit leichter zeitlicher Verzögerung dem Beschäftigungsrückgang in Ostdeutschland. In den Mitgliederbrüchen schlägt sich folglich die fortschreitende Deindustrialisierung dieser Region unmittelbar nieder. Die eher langfristig erwartete Anpassung an den Organisationsgrad in Westdeutschland vollzieht sich somit wesentlich schneller. Außer den bereits an anderer Stelle genannten Ursachen für den Mitgliederschwund müssen ebenfalls organisationsinterne Faktoren der Gewerkschaften in Betracht gezogen werden. Die enorme Mitgliederanzahl und der erforderliche Neuaufbau von Strukturen unter den Bedingungen des starken Beschäftigungsabbaus stellte die Gewerkschaften vor große Schwierigkeiten. Trotz der strukturellen Aufbauphase und der damit in Verbindung stehenden Neurekrutierung von Funktionären forderte die Basis von Gewerkschaften sich mit Entschlossenheit gegen den weiteren Arbeitsplatz- und Sozialabbau zu stemmen und konsequent ihre Interessen zu vertreten. In dieser Auseinandersetzung konnten die Gewerkschaften die Ostdeutschen offenbar nicht immer überzeugen.

Die Mitgliederverluste in den einzelnen Landesverbänden sind nicht sehr unterschiedlich (Landesverband Berlin-Brandenburg einschließlich Berlin-West). Dabei ist zu berücksichtigen, daß stärkere Mitgliederbewegungen zwischen den Einzelgewerkschaften als Folge der erheblichen wirtschaftlichen Umstrukturierungen auftraten.

Dramatische Abgänge verzeichnen besonders jene Einzelgewerkschaften, die vom wirtschaftlichen Niedergang bestimmter Wirtschaftsbereiche besonders betroffen sind. Das betrifft z.B. die IG Metall, die IG Bergbau und Energie, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie die Gewerkschaft Textil-Bekleidung.

Im Vergleich zur überproportionalen Verdrängung der Frauen aus der regulären Erwerbstätigkeit überrascht, daß ihr Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern weiterhin bei fast 50 % liegt. Ständig geringer wird hingegen der Anteil der jungen Mitglieder bis 25 Jahre. Diese offensichtlichen Akzeptanzprobleme bei den Jugendlichen dürfte die Gewerkschaften zukünftig vor größere Probleme stellen.

9.4 *Religion und Religionszugehörigkeit*

Religionsausübung und Mitgliedschaft in einer Kirche waren in der DDR zwar geduldet, aber nicht gern gesehen. Die lediglich formale Religionsfreiheit und begrenzte Billigung sowie gleichzeitig die Behinderung kirchlicher Aktivitäten und die ideologischen Auseinandersetzungen haben in der DDR-Bevölkerung zu einer abnehmenden Akzeptanz christlichen Glaubens, sinkenden Mitgliederzahlen der

Kirchen und geringeren Aktivitäten in der Religionsausübung und im kirchlichen Leben geführt. Unmittelbar nach der Wende erwartete man, daß die gesellschaftskritische Haltung der Kirche in der DDR, ihre besonders aktive Rolle in der Umbruchphase und das starke Engagement kirchlicher Kreise im Prozeß des gesellschaftlichen Neuaufbaus zu einem Bedeutungszuwachs der Kirchen führen könnten. Die Religion bot für viele Menschen in den neuen Bundesländern nach dem Zusammenbruch ihrer ideologischen Werte eine neue Ausrichtung. Nicht zuletzt durch die verstärkte Einführung von Religionsunterricht, Christenlehre und andere Formen der Unterweisung in christlicher Lehre haben die Kirchen in Ostdeutschland zunehmend Einfluß gewonnen. Verbessert hat sich auch die finanzielle Situation der Kirchen u.a. durch die Einziehung der Kirchensteuer.

Die Veränderungen der Bedingungen für das Wirken der Kirche in den neuen Bundesländern, ihre größere Bewegungsfreiheit und gewachsenen Möglichkeiten der Einflußnahme haben, so zeigen die Daten, bisher zu keiner generellen Änderung in der Haltung der Ostdeutschen zu den Kirchen und zur Religion geführt. Betrachtet man die Mitgliederentwicklung der Evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern (vgl. Tabelle 9.12) fällt auf, daß die durch die gesetzlich sanktionierte Einziehung der Kirchensteuer hervorgerufene enorme Austrittswelle des Jahres 1990 in den folgenden Jahren abgeklungen ist.

Die Evangelische Kirche verlor 1991 und 1992 jeweils zwischen 2 und 3 % ihrer Mitglieder. Gleichzeitig verringerte sich die Anzahl der Ein- und Wiedereintritte. Da sich die Zahl der Trauungen, Konfirmationen oder Taufen, die auf eine Zunahme religiöser Einstellungen in der ostdeutschen Bevölkerung hindeuten könnte, nicht wesentlich verändert hat, kann geschlossen werden, daß der Einfluß der Kirche in der ostdeutschen Bevölkerung weiterhin gering bleibt.

Die für die Evangelische Kirche aufgezeigten Tendenzen treffen ebenfalls für die Katholische Kirche zu, der traditionell in Ostdeutschland geringerer Einfluß zukommt (vgl. Tabelle 9.13).

Die Katholische Kirche verlor 1990 ca. 4 %, die Evangelische Kirche in diesem Jahr ca. 5 % ihrer Mitglieder. 1992 lag der Anteil der Austritte aus der Katholischen Kirche bei rund 2 %. Die Anzahl der Eintritte und kirchlichen Aktivitäten bleibt auch hier konstant gering. Nach einem leichten Anstieg der Taufen und Trauungen 1990 geht deren Anzahl in den folgenden Jahren wieder zurück und hat sich auf ein Niveau wie in den 80er Jahren in der DDR eingepegelt.

Kirche und Religion behalten auch vier Jahre nach dem Umbruch und den Veränderungen ihrer Wirkungsmöglichkeiten in Ostdeutschland einen deutlich geringeren Stellenwert als in Westdeutschland. Bislang lassen die Daten keinen Bedeutungszuwachs von Kirche und Religion in den neuen Bundesländern erkennen.

Tabelle 9.12: Evangelische Kirche in den neuen Bundesländern*) 1990 - 1992

Gliedkirche/Äußerungen des kirchlichen Lebens	1990	1991	1992
Thüringen**)			
Kirchengemeinden	1440	1435	1436
Kirchenmitglieder (in 1.000)	726	679	664
Taufen	-	7559	5910
Konfirmationen	-	5584	6128
Eintritte	787	2280	1967
Austritte	43359***)	10558	17736
Sachsen****)			
Kirchengemeinden	3430	3417	-
Kirchenmitglieder (in 1.000)	2459	1955	1923
Taufen	18407	16288	-
Eintritte	2340	12421	8678
Austritte	-	47166	45597
Mecklenburg-Vorpommern*****)			
Kirchengemeinden	743	737	738
Kirchenmitglieder (in 1.000)	711	523	485
Taufen	ca. 3900	4874	4038
Konfirmationen	ca. 2300	3309	3516
Eintritte	ca. 800	4002	2410
Austritte	ca. 31000	12830	15931
Berlin(Ost)-Brandenburg			
Kirchengemeinden	1606	1597	-
Kirchenmitglieder (in 1.000)	875	874	875
Taufen	5280	4647	-
Konfirmation	4721	4322	-
Eintritte	802	3617	2744
Austritte	-	10709	21035
Sachsen-Anhalt*****)			
Kirchengemeinden	199	199	-
Kirchenmitglieder (in 1.000)	136	120	85
Taufen	527	670	-
Konfirmation	325	520	-
Eintritte	235	1073	352
Austritte	-	1585	2600
Insgesamt: Östliche Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*****)			
Kirchengemeinden	7418	7385	-
Kirchenmitglieder (in 1.000)	4907	4151	4011
Eintritte	ca. 4964	23393	14938
Austritte	-	82848	106745

*) Die Gebiete der EKD stimmen mit der regionalen Gliederung Deutschlands nur in Ausnahmefällen überein.

**) Evangelisch-Lutherische Landeskirche Thüringen.

***) Einschließlich Kirchensteuerverweigerer (ohne notariell beglaubigte Austrittserklärung).

****) Ev.-Luther. Landeskirche Sachsen, Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz, Kirchenprovinz Sachsen.

*****) Ev.-Luther. Landeskirche Mecklenburg, Pommersche Evangelische Kirche.

*****) Gliedkirche Anhalt. *****) Ohne Berlin(West).

Quelle: Statistische Berichte der EKD, Statistische Jahrbücher der Länder

Tabelle 9.13: Katholische Kirche in den neuen Bundesländern*) 1990 - 1992

Bistum; Jurisdiktionsbereich/Äußerungen des kirchlichen Lebens	1990	1991	1992
Thüringen**)			
Pfarrreien und sonstige Seelsorgestellen	175	175	178
Kirchenmitglieder (in 1.000)	233	221	213
Taufen	2179	1716	1385
Eintritte	113	89	79
Austritte	4863	1244	3535
Sachsen***)			
Pfarrreien und sonstige Seelsorgestellen	185	183	198
Kirchenmitglieder (in 1.000)	232	206	197
Taufen	1396	1343	1300
Eintritte	80	49	96
Austritte	ca. 9900	-	2262
Mecklenburg-Vorpommern****)			
Pfarrreien und sonstige Seelsorgestellen	74	86	79
Kirchenmitglieder (in 1.000)	81	78	75
Taufen	ca. 500	412	378
Eintritte	ca. 20	36	28
Austritte	ca. 4800	1485	3126
Sachsen-Anhalt*****)			
Pfarrreien und sonstige Seelsorgestellen	205	200	201
Kirchenmitglieder (in 1.000)	182	11161	157
Taufen	992	790	-
Eintritte	64	69	47
Austritte	9610	2339	3134
Berlin(Ost)-Brandenburg*****)			
Pfarrreien und sonstige Seelsorgestellen	217	201	201
Kirchenmitglieder (in 1.000)	397	400	384
Taufen	2434	2157	2036
Eintritte	220	225	203
Austritte	14573	7998	6851
Insgesamt: Katholische Kirche in den neuen Bundes- ländern und Berlin			
Pfarrreien und sonstige Seelsorgestellen	856	845	857
Kirchenmitglieder (in 1.000)	1125	1066	1026
Eintritte	497	468	453
Austritte	43746	-	18908

*) Die Bistümer, Jurisdiktionsbereiche stimmen nicht mit der regionalen Gliederung in Ostdeutschland überein.

***) Bischöfliches Amt Erfurt-Meiningen.

****) Bistum Görlitz, sächsische Teile d. Bistums Dresden-Meißen und des Bischöflichen Amtes Magdeburg.

*****) Bereich des Bischöflichen Amtes Schwerin und Teil des Bistums Berlin.

*****) Bischöfliches Amt Magdeburg, ohne sächsischen Teil.

*****) Bistum Berlin, einschließlich Berlin(West), ohne Teil Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: Statistische Jahrbücher 1992, 1993; Statistische Jahrbücher der Länder; Bischöfliche Ämter und Ordinariate

9.5. Zusammenfassung

Zu den positiven Ergebnissen der Veränderungen der zurückliegenden vier Jahre in Ostdeutschland gehört, daß funktionsfähige demokratische Institutionen und Strukturen geschaffen wurden.

Vier Jahre nach den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen in Ostdeutschland vertreten die meisten ostdeutschen Bürger die neuen demokratischen Grundwerte. Die Übertragung des westdeutschen Demokratiemodells trifft weitgehend auf Akzeptanz, und die Angleichung an Westdeutschland in diesem Bereich wird nur von wenigen Ostdeutschen kritisch gesehen. Trotzdem ist ein hoher Anteil der Ostdeutschen mit der bisherigen Demokratieentwicklung unzufrieden. Die in diesem Bereich mit der Wende 1989/90 verfolgten Ziele, Erwartungen und Hoffnungen haben sich augenscheinlich nicht erfüllt, die Veränderungsbereitschaft und der Drang nach Selbstbestimmung wurden praktisch nicht gefordert bzw. konnten sich nicht durchsetzen. Die Wahrnehmung der Kluft zwischen den teilweise idealistisch überzogenen Erwartungen und der eher pragmatisch ausgerichteten Transformationsrealität führte verstärkt zu Enttäuschung und Resignation. Zugleich sind die Einstellungen der Bürger, ihre Mitwirkungsbereitschaft und ihr tatsächliches Engagement unmittelbar nach der 'Wendeeuphorie' auf ein geringes Niveau gesunken. Die Situation stabilisiert sich nach einem kontinuierlichen Rückgang 1994 auf einem niedrigen Niveau, und es zeigen sich in einigen Positionen Veränderungen, die erneut auf eine stärkere demokratische Sensibilisierung und auf eine gewisse Verbesserung der Situation hindeuten. Ob diese partielle Umorientierung, die auch weiterhin nur für einen kleinen Teil der Ostdeutschen zutrifft, wirkliche Trendänderungen sind und sich als dauerhafter Durchbruch zu mehr Engagement und Mitwirkungsbereitschaft erweisen werden, muß sich erst noch herausstellen.

Für die aktuellen Einstellungen und Haltungen der Ostdeutschen sind die Erfahrungen und Werte der 'Vorwendezeit' von nachhaltiger Wirkung. So haben Kirche und Religion weiterhin im Vergleich zu Westdeutschland nur geringen Einfluß. Die Mitgliedschaft in Parteien und anderen Organisationen, die in der DDR mehr oder weniger zum System gehörte und zu der sich deshalb eine starke Abneigung entwickelte, trifft weiterhin auf Zurückhaltung und Vorbehalte. In der politischen Interessenartikulation und -durchsetzung, wie allgemein im gesellschaftlichen Umgang, bestehen offenbar eher gewisse Harmoniebedürfnisse. Kompromißbereitschaft, Autorität und der vermittelnde Ausgleich werden teilweise höher geschätzt als scharf geführte Auseinandersetzungen, persönliche Angriffe, Intoleranz und vordergründig aus parteipolitischen Kalkül geführter Streit.

Bei einem großen Teil der Ostdeutschen hat die bisherige Entwicklung nicht nur deutliches Unbehagen, sondern gleichzeitig Gefühle der Ohnmacht und der Einflußlosigkeit erzeugt. Auswirkungen der dadurch entstandenen Unzufriedenheiten und Enttäuschungen schlagen sich u.a. in geringen Wahlbeteiligungen, in

politischen Protesthaltungen (z.B. 'Protestwahlen') und einer geringen Bereitschaft nieder, in Parteien sowie allgemein im politischen Bereich aktiv zu werden. Als besonders problematisch stellt sich dar, daß die junge Generation, die zum Teil erst in die neue Gesellschaft hineingewachsen ist, weitgehend politisch desinteressiert ist und sich nur selten politisch und gesellschaftlich engagiert.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. E. Priller/B. Weichert: *Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung*, in: Sozialreport 1992, Berlin 1993; vgl. E. Priller: *Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung*, in: Sozialreport 1993 - neue Bundesländer, Sonderheft, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., 1993, S. 26-31.
- 2) Vgl. G.-J. Glaeßner: *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus*, in: *Die real existierende postsozialistische Gesellschaft* (Wissenschaftliche Konferenz der Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung), Berlin 1994, S. 54-74.
- 3) Vgl. B. Weßels: *Bürger und Organisationen in Ost- und Westdeutschland: vereint und doch verschieden?*, in: V. Eichener/R. Kleinfeld/D. Pollack/J. Schmid/K. Schubert/H. Voelzkow: *Organisierte Interessen in Ostdeutschland*, Marburg 1992, S. 509-544.
- 4) Vgl. F. Löbler/J. Schmid/H. Tiemann (Hrsg.): *Wiedervereinigung als Organisationsproblem: Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden*, Bochum 1991.
- 5) Vgl. H. Tiemann/J. Schmid/F. Löbler: *Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den neuen Bundesländern*, in: *Deutschland Archiv* 1/1993, S. 40-51.